

ARGENTINIEN

# Mit "Veranito" keimt die Hoffnung



Ein neues Argentinien mit einem alten Präsidenten? Carlos Menem (rechts) auf Wahlkampftour mit seinem Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten, Juan Carlos Romero. (Foto: epa)

**In Argentinien wird am kommenden Sonntag ein neuer Staatspräsident gewählt. Unterdessen nehmen die Proteste in dem krisengeschüttelten Land wieder zu - und die Polizei demonstriert Härte.**

"Volle Restaurants, fröhliche Menschen - und vor allem nirgendwo Diebe und Straßenkinder. Man kann sehen: Es geht aufwärts", schwärmt Carlos Genoud. Der jugendlich wirkende Geschäftsmann ist Präsident der Industrie- und Handelskammer von Pergamino, einer Stadt mit etwa 100.000 EinwohnerInnen in der argentinischen Pampa.

Carlos' Vater ist der größte Holzhändler der Stadt. "Genoud Foresta Industrial" exportiert Möbel in die Nachbarländer Argentiniens sowie in die USA. "Die Geschäfte laufen gut", sagt Roberto Pagotto, der mit Ersatzteilen für Landwirtschaftsmaschinen handelt. Wie Carlos Genoud klagt er über den Mangel an qualifizierten Arbeitskräften. Dabei habe er bis Mitte vergangenen Jahres noch Stellen streichen müssen, erklärt Pagotto.

Die Mehrheit der Menschen in Pergamino lebte bis in die 90er Jahre vor allem von der Textilindustrie - bis die internationalen Konzerne wie Wrangler ihre Niederlassungen schlossen. Die feste Anbindung des argentinischen Peso an den US-Dollar hatte zur Folge, dass argentinische Waren zu teuer und damit nicht mehr konkurrenzfähig auf dem internationalen Markt waren. Zahlreiche Firmen mussten schließen, tausende Menschen verloren ihre Arbeit.

Mittlerweile gehört die Dollarbindung des Peso der Vergangenheit an - und Argentiniens Wirtschaft erlebt ei-

nen leichten Aufschwung, einen "Veranito" (kleiner Sommer). Der niedrige Peso-Kurs lockte in der vergangenen Sommersaison so viele TouristInnen wie noch nie ins Land. Die Exporte legten um 38 Prozent zu. Die Regierung brachte derweil ein Abkommen unter Dach und Fach, das eine Umschuldung der im ersten Halbjahr 2003 fälligen Schuldentitel vorsieht - zumindest eine kurze Verschnaufpause. Argentinien ist mit mehr als 150 Milliarden Dollar im Ausland verschuldet.

Am 27. April stehen in dem von der schwersten Krise seiner Geschichte geschüttelten Land Präsidentschafts- und Parlamentswahlen an. Der amtierende Staatschef Eduardo Duhalde tritt nicht mehr an. Der 61-jährige Peronist übernahm das Amt Anfang vergangenen Jahres - nach den schweren Unruhen vom Dezember 2001, die seinen Vorgänger Fernando De la Rúa von der Radikalen Bürgerunion (UCR) zum Rücktritt zwangen. Nachdem auch der Peronist Adolfo Rodríguez Sáa damals nach knapp einer Woche aus dem Präsidentenpalast gejagt worden war, hatte der Kongress Duhalde zum Staatsoberhaupt ernannt.

## Blockaden gegen weitere Kürzungen

Zwar suggeriert der Präsident immer wieder, dass die Talsohle durchschritten sei. Doch die notwendigen politischen und wirtschaftlichen

Reformen wurden bislang nicht umgesetzt: Nach wie vor haben rund 40 Prozent der ArgentinierInnen keinen festen Job. Fast die Hälfte der Bevölkerung lebt unter der Armutsgrenze.

Trotz des Notstandsprogramms der Regierung dauern die Massenproteste an. Der Unmut der Mittelschicht im vergangenen Jahr richtete sich vor allem gegen die Sperre der Bankkonten und den Zwangsumtausch von Dollar Guthaben in Peso, was das Oberste Gericht Argentinien mittlerweile für verfassungswidrig erklärt hat. Die Arbeitslosenorganisationen der so genannten "Piqueteros" protestierten derweil mit ihren Straßenblockaden ("Piquetes") gegen weitere Kürzungen der Sozialausgaben und für eine Arbeitslosenunterstützung. Von den etwa vier Millionen Arbeitslosen in Argentinien bekommt nur knapp die Hälfte eine Entschädigung. Nachdem bei gewaltsamen Zusammenstößen mit der Polizei zwei Demonstranten getötet worden waren, ließ Duhalde den für September 2003 vorgesehenen Urnengang um ein halbes Jahr vorverlegen.

Das Rennen um seine Nachfolge ist wenige Tage vor dem Urnengang noch völlig offen, und das Spektrum der Kandidaten so zersplittert wie die beiden großen Parteien. Die sozialdemokratisch orientierte UCR rechnet sich kaum Chancen aus. Zwei ehemalige Parteimitglieder, die als Kämpferin gegen die Korruption bekannt gewordene Abgeordnete Elisa Carrió sowie Ex-Wirtschaftsminister Ricardo Lopez Murphy, haben bereits ihre eigenen Parteien gegründet. Während Carrió mit ihrer "Alternative für eine Republik der Gleichen" (ARI) für mehr soziale Gerechtigkeit streitet, vertritt Lopez Murphy einen streng neoliberalen Kurs.

## Menems Rückkehr

Doch auch die peronistische Gerechtigkeitspartei (PJ) hat zahlreiche interne Zerreißproben erlebt. Die sich auf den ehemaligen Präsidenten Juan Domingo Perón berufende Partei steht kurz vor der Spaltung. Die Gegensätze zwischen den für staatliche Eingriffe in die Wirtschaft eintretenden Duhalde-AnhängerInnen und den Neoliberalen um Ex-Präsident Carlos Menem (1989 bis 1999) scheinen unüberwindbar zu sein.

Letzterer gilt als Hauptverantwortlicher für das wirtschaftliche Desaster. Der schillernde Politiker, gegen den wegen illegalen Waffenhandels ermittelt wurde und der vergangenes Jahr fünf Monate lang unter Hausarrest stand, hatte in seiner von Skandalen geprägten Amtszeit auf eine radikale Privatisierungspolitik gesetzt. Bereits vor vier Jahren ließ er Plakate mit "Menem 2003" kleben. Der 72-Jährige ist zurzeit der in den argentinischen Medien am meisten genannte Politiker - zuletzt unter anderem, weil seine 35 Jahre jüngere Frau ein Kind von ihm erwartet.

Ursprünglich hatte der argentinische Kongress ein Gesetz verabschiedet, das die Kandidatenfrage durch Vorwahlen nach US-amerikanischem Vorbild entscheiden sollte. Doch als sich abzeichnete, dass Menem daraus als Sieger hervorgehen könnte, setzte sein Intimfeind Duhalde die Kandidatenkür aus und präsentierte mit Nestor Kirchner einen "eigenen" Präsidentschaftskandidaten.

Kirchner ist einer der wenigen erfolgreichen Provinzgouverneure des Landes, seine Provinz Santa Cruz im Süden Patagoniens verfügt über wertvolle Erdölvorkommen. Der Gouverneur verstand es, während die Regierung die Konten sperren ließ, die Gelder der Provinz ins sichere Ausland zu transferieren. Er galt aber bisher auch als Kritiker der Regierung. Von einer Liebesheirat Duhalde-Kirchner

ner kann deshalb in keinem Fall die Rede sein. Mit den Duhalde-Anhängern im Rücken, sucht Kirchner Bündnispartner auf Seiten der gemäßigten Linken, indem er mehr Sozialstaat fordert, die Verstaatlichung der 1995 privatisierten Eisenbahnen verlangt und Kritik an den USA übt. Duhalde stellt ihn als Teil einer Erneuerungsbewegung innerhalb der peronistischen Partei vor.

## "Que se vayan todos"

Die meisten BeobachterInnen gehen davon aus, dass es zu einer Stichwahl am 18. Mai kommen wird. Denn in Meinungsumfragen erreicht keine der vier KandidatInnen die 20-Prozent-Marke: Kirchner führt demnach knapp vor Menem, Carrió und dem früheren Kurzzeitpräsidenten Rodríguez Sáa. Zudem wird eine geringe Wahlbeteiligung erwartet. Zu tief sitzt die Enttäuschung über die als korrupt verschrieene politische Klasse Argentiniens. "Que se vayan todos" (Sie sollen alle verschwinden) wird bei den Demonstrationen immer wieder skandiert.

"Von den Wahlen versprechen wir uns nichts", erklärt Pablo Palacios. Der ehemalige Fabrikarbeiter verlor schon vor zwei Jahren seinen Job. Pablo schloss sich der "Bewegung arbeitsloser Arbeiter" (MTD) an, die ihr Gemeinschaftszentrum in einer alten Fabrikhalle hat, wo jeden Tag 150 Menschen etwas zu essen bekommen. Während andere Piquetero-Organisationen den Dialog mit der Regierung Duhalde aufgenommen haben und mit eigenen Kandidaten bei den Wahlen vertreten sind, ruft die MTD - obwohl in Argentinien Wahlpflicht besteht - zur Wahlenthaltung oder Abgabe eines ungültigen Stimmzettels auf. "In diesem Land gibt es keinen Politiker, der uns repräsentiert und für einen wirklichen sozialen Wandel eintritt", erklärt Pablo. "Deshalb gehe ich nicht zur Wahl."

Rodolfo Gería und Diego MacGaul haben unterdessen gemeinsam mit KollegInnen eine bankrotte Fabrik übernommen: "Wir stürmten die Fabrik und besetzten sie. Jetzt läuft der Betrieb wieder." Doch die Regierung hat bereits auf die zunehmende Zahl von Fabrikbesetzungen reagiert: Als ehemalige ArbeiterInnen am Ostermontag eine Textilfabrik in Buenos Aires besetzen wollten, kam es zu blutigen Auseinandersetzungen mit der hart einschreitenden Polizei - mit 28 Verletzten und etwa hundert Festnahmen.

**Stefan Kunzmann und Natalia Zurita**

Stefan Kunzmann ist woxx-Redakteur, die Psychologiestudentin Natalia Zurita lebt seit ihrer Geburt in Buenos Aires.

